

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/242

Bonn, den 18. Dezember 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Es hätte schlimmer kommen können

102

Bilanz der Pariser Ministerrats-Tagung der NATO

Von G. Markscheffel

3

Kieler Finanznöte

45

Schulden zwischen 400 bis 450 Millionen DM

4

Blinder Eifer

35

SPD-Offensive auf die Funkhäuser ?

5 - 6

Afrika in Bewegung

99

Begegnung von Schwarzen und Weissen in Dakar

Von Ludwig Metzger, MdB

Es hätte schlimmer kommen können

Bilanz der Pariser Ministerrats-Tagung der NATO

Von G. Markscheffel

Das charakteristische Merkmal der diesjährigen NATO-Rats-Tagung in Paris ist - trotz allem, was bisher darüber gesagt oder geschrieben wurde - die Bestätigung dafür, daß die größte Verteidigungsallianz, die es jemals in der Welt gegeben hat, kaum etwas an ihrer Wirksamkeit eingebüßt haben dürfte. Das mag, wenn man die zum Teil sehr widersprechenden Nachrichten über den Verlauf der Konferenz liest, paradox klingen. Und doch ist es so. Zum ersten Mal seit Bestehen der NATO konnte zum Beispiel die gemeinsame finanzielle Grundlage aller Verteidigungsvorhaben als gesund bezeichnet werden. Mit Ausnahme des noch unausgereiften ursprünglichen MLF-Projektes, das jetzt durch neue Vorschläge zur gemeinsamen atomaren Verteidigung des Westens weiterhin erörtert wird, gab es in allen anderen militärischen Festlegungen zwischen den Alliierten volle Übereinstimmung.

Der Schönheitsfehler in diesem Bild ist das Verhalten der französischen Regierung, von der man aber schon seit langem weiß, daß sie ihre eigenen Pläne hat. Zweifellos wird General de Gaulle auch weiter versuchen, sein Konzept einer von den Vereinigten Staaten unabhängigen politischen und militärischen Verteidigungsstrategie durchzusetzen. Es ist aber nicht anzunehmen, daß er es bei diesem Versuch auf einen offenen Bruch mit den USA oder den anderen Partnern des NATO-Bündnisses ankommen lassen wird. Das mag vielleicht weniger an de Gaulle liegen, als vielmehr an den Bestreben der Amerikaner und Briten, de Gaulle bei den Bemühungen um eine möglichst effektive gemeinsame Verteidigung des Westens nicht "aus der Zange" zu lassen. "Es hätte schlimmer kommen können" - so lautete der Kommentar eines britischen Delegierten zum Abschluß der diesjährigen Pariser NATO-Konferenz.

"Internationale der Generale" funktionierte

Während die Militärs in Vorbereitung der Pariser Konferenz mit minutiöser Genauigkeit ihre Dossiers ausgearbeitet hatten und eine Fülle von Projekten vorlegen konnten, die der Entwicklung der Waffentechnik gerecht werden, kann man das von den Politikern nicht behaupten. Die "Internationale der Generale" funktionierte, allerdings mit der Einschränkung, daß die "Planspiele" zur gemeinsamen atomaren Verteidigung des Westens noch nicht abgeschlossen werden konnten.

Aber auch hier sollte man nicht von einem Versagen sprechen, sondern darauf hinweisen, daß alles, was mit einer irgendwie gearteten gemeinsamen atomaren Verteidigung zusammenhängt, heute nicht als rein militärisches, sondern als politische Problem gesehen werden muß. Wenn man in diesem Zusammenhang von Differenzen auf der NATO-Konferenz spricht, ist es richtiger, die politischen Meinungsverschiedenheiten unter den Partnern des Bündnisses im Auge zu haben als etwa ein Unvermögen der Militärs zu vermuten.

Mit der ihnen gebotenen Zurückhaltung als Exekutivorgane haben sich die Militärs damit begnügt, die von den Politikern vorgeschlagenen Ersatzlösungen für eine MLF als "Arbeitsmaterial" zu betrachten.

Die eigenartige und uns Deutschen natürlich besonders interessierende Idee eines atomaren Minengürtels an der Zonengrenze ist von einigen Sprechern der Delegation geschickt als "deutscher Vorschlag" dargestellt worden. Tatsache ist, daß es sich hierbei um eine der unzähligen Dispositionen für den "Fall X" handelt, wie sie von allen Militärexperten der NATO-Mächte im südlichen, mittleren und nördlichen NATO-Abschnitt mit den unterschiedlichsten Begründungen ausgearbeitet werden.

Daß in der Bundesrepublik schon seit Jahren Atomsprengköpfe von den Amerikanern unter Verschuß gehalten werden, ist keine Neuigkeit. Ebenso wenig ist neu, daß immer wieder alle möglichen Überlegungen angestellt werden, wann, wo und wie diese Atomsprengköpfe zum Einsatz gebracht werden sollen. Ein Geheimnis bleibt es, wer es in Paris unternommen und fertig gebracht hat, diese von allen NATO-Mächten gemeinsam zu vertretende Tatsache als einen "deutschen Wunsch" in der Weltpresse hochzuspielen. Da man als Journalist nicht hinter alle Kulissen sehen kann, sollte Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel möglichst bald ein klärendes Wort hierzu sagen. - Es wäre ein Skandal, sollte sich hierbei herausstellen, daß etwa eine deutsche Stelle - vielleicht aus Wichtigtuerei - Veranlassung gegeben hat, diesen Fragenkomplex so hochzuspielen, wie es geschehen ist.

Die deutsche Frage

Der Teufel mag die deutsche Delegation geritten haben, als einzelne ihrer Mitglieder schon vor Beginn der NATO-Konferenz in Paris den Eindruck erweckten, es könne diesmal in der Deutschlandfrage ein Schritt nach vorn getan werden. Jeder einigermaßen informierte Journalist wußte, wie gering die Chancen für die Verwirklichung einer solchen Hoffnung sind. Um so größer mußte die Enttäuschung sein, als sich schon am ersten Tage herausstellte, daß Bundesaußenminister Schröder außer seiner Grundsatzerklärung zu den früheren Garantien für die Sicherheit der Bundesrepublik und Westberlins sowie der erneuten feierlichen Verpflichtung, die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Frieden auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes als Ziel der NATO-Mächte zu deklarieren, nicht mehr erreichen würde.

Natürlich kann man sagen, daß dies wenig ist. Berücksichtigt man jedoch die Zielstrebigkeit, mit der de Gaulle auf der NATO-Konferenz versucht hat, den "Atlantiker" Schröder zu isolieren und den französischen Vorstellungen einer von den Amerikanern unabhängigen Europapolitik Publizität zu verschaffen, dann muß man sich eigentlich wundern, daß die Deutschlandfrage im Abschlusskommunique überhaupt noch eine relativ positive Erwähnung fand.

Außenminister Schröder ist jetzt in einer wenig beneidenswerten Situation. Er reiste nach Paris mit den zahlreichen, eine neue Deutschlandinitiative in Aussicht stellenden Erklärungen von Bundeskanzler Erhard in der Tasche. Alle Welt mußte annehmen, daß etwas hinter Erhards Worten steckt. Schlecht und recht versuchte Schröder den Optimismus des Regierungschefs zu rechtfertigen, indem er wenigstens darauf hinwies, daß der Ausbau innerdeutscher Kontakte die volle Rückendeckung der westlichen Alliierten haben müsse, wenn durch technische Verbesserungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands nicht der Zustand der Gewöhnung an die Teilung herauskommen soll. Die Franzosen hatten diese, sich von der Sache her ergebende Schwäche der deutschen Position schnell erkannt und manipulierten durch geschickte Erklärungen die öffentliche Meinung so sehr zu ihrer Gunsten, daß Schröder zum Schluß froh sein dürfte, einen einigermaßen honorigen Abgang zu erhalten.

Es kann sein, daß die gaullistische Diplomatie in Zukunft versuchen wird, noch stärker als bisher in Bonn die Zustimmung für eine von der USA unabhängige europäische Politik zu erhalten. Genau an diesem Punkt werden sich die Geister scheiden müssen, denn ein Versuch der Bundesregierung, de Gaulle an die Voraussetzungen zu erinnern, unter denen der Bundestag den zwischen Adenauer und de Gaulle abgeschlossenen Elysee-Vertrag billigte, (Präambel), ist sinnlos. De Gaulle hat die Regierung in Bonn mehr als einmal wissen lassen, daß ihn nur der Vertrag selbst, nicht aber die Präambel interessiere.

Wie soll es weitergehen?

Die hier skizzierte Bilanz der diesjährigen Ministerrats-Tagung der NATO-Mächte ist gewiß nicht erfreulich. Trotzdem sollte man sich hüten, das Kind mit dem Bade auszuschütten und jetzt etwa anzufangen, die Vertragstreue der Alliierten in Frage zu stellen. Bei einer eventuellen Orientierung der deutschen Politik auf de Gaulle würden wir mit unserem wichtigsten Anliegen - der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Frieden - nicht einen Schritt weiterkommen. Es ist bestimmt kein Zufall, daß namhafte Gaullisten gerade während der Pariser NATO-Konferenz die Deutschen noch einmal mit Nachdruck aufgefordert haben, nicht mehr über die Oder-Weißer-Grenze zu reden. Es geschah auch nicht zufällig, daß die französische Diplomatie alles tat, um Schröders Position gegenüber den anderen NATO-Partnern zu schwächen. Leider - und das muß hinzugefügt werden - haben es einige Mitarbeiter Schröders den Franzosen nicht schwer gemacht, ihren Chef in diese Situation zu bringen.

An Verlockungen, den Alleingang mit Paris unabhängig von den USA zu gehen, wird es weder in der französischen Hauptstadt noch in Bonn fehlen. In Brüssel legt de Gaulle ein rasantes Tempo vor. Man braucht keine Prophet zu sein, um vorauszusehen, daß de Gaulle schon in den ersten Wochen des neuen Jahres eine bestechende Konstruktion für die von den USA unabhängige Europa-Politik anbieten wird.

Der deutsche Beitrag

Unter diesen Umständen wird man sich in Bonn anstrengen müssen, um die während der Pariser Tagung viel zu kurz gekommene Problematik eines deutschen Beitrags zur Entspannung zwischen Ost und West endlich einmal zum Gegenstand von ernsthaften Besprechungen mit unseren Freunden zu machen. Die Briten und die Skandinavier haben sich während der Pariser Tagung dieses Themas angenommen. Da Bundesaußenminister Schröder aber keine entsprechenden Instruktionen hatte, blieb das alles nur im Ansatz. Mit Verwunderung wurde zum Beispiel von den Engländern festgestellt, daß deutsche Delegationsmitglieder auf die Frage, ob das eigentliche Problem der Ost-West-Beziehungen nicht viel mehr in politischen Lösungen zu suchen sei, die Antwort erhielten, dieses Thema stehe zur Zeit nicht zur Debatte. Dabei hatten mehrere Außenminister ausführliche Berichte über ihre Besprechungen mit sowjetischen, polnischen, rumänischen und tschechischen Diplomaten gegeben, was Anlaß genug gewesen wäre, um den Faden einer möglichen Entspannungspolitik weiterzuspinnen. Die Delegation der Bundesrepublik hatte hier nichts zu bieten, außer der Zusage, daß man sich bemühen werde, auch zu diesem Problem in absehbarer Zeit einiges anbieten zu können.

Das ist natürlich zu wenig, denn nach wie vor gilt trotz aller Bereitschaft, die Freiheit der Bundesrepublik und Westberlins auch militärisch zu sichern, bei den meisten unserer Verbündeten immer noch das Wort: "Wir können für die Lösung der deutschen Frage nicht mehr tun, als die Deutschen im freien Teil ihres Landes selbst zu tun bereit sind."

+ + +

Kieler Finanznöte

Schulden zwischen 400 bis 450 Millionen DM

ld. - Das Gespenst der leeren Kassen geistert durch Schleswig-Holstein. Das Land im Norden, bis vor einiger Zeit noch als das Armenhaus Deutschlands bezeichnet, ist bis über beide Ohren verschuldet und konnte jetzt sogar seinen Etat nicht mehr ausgleichen. Jene Posten, die großartig in den Landesetat gerutscht sind, müssen in Höhe von rund 50 Millionen DM im nächsten Frühjahr wieder herausgestrichen werden. Die Fehlbeträge und die zu erwartenden Belastungen aber machen nach den Worten des SED-Finanzexperten Schulz schon zwischen 400 und 450 Millionen DM aus. Dabei soll Finanzminister Qualen (FDP) noch eine Anleihe in Höhe von 200 Millionen DM zur Ausgabendeckung aufnehmen und niemand weiß, ob er sie unterbringen wird.

Das alles ist kein Pappenspiel. Schleswig-Holstein hätte allen Grund, mit der Kraft aller politischen Parteien an den Bund heranzutreten und von ihm zu fordern, wozu er nach dem Grundgesetz verpflichtet ist: Zur durchgreifenden Hilfe für ein Bundesland, das aus eigener Kraft nicht weiter kommt. Bei der Etatdebatte letzter Woche im Kieler Landtag legten die Sozialdemokraten eine EntschlieÙung vor, die das vom Bund mit Hilfe aller Abgeordneten fordern sollte. Diese EntschlieÙung aber wurde durch die CDU zu Fall gebracht. Sie meinte, erst müsse Schleswig-Holstein sich selbst helfen. Nun soll sich also der Rotstift des Finanzministers Qualen durch die Etatspalten des Etats quälen. Dabei hätte der Bund allen Grund, dem Land im Norden zu helfen.

Schleswig-Holstein war das erste Bundesland, das auf Drängen der Sozialdemokraten ein EWG-Anpassungsprogramm aufstellte. Es braucht krisenfeste neue Arbeitsplätze, nachdem die Werftindustrie rückläufig wurde und der RationalisierungsprozeÙ in der Landwirtschaft ständig weitere Kräfte freisetzt. Es braucht vor allem Industrien im Norden des Landes, das nach wie vor hinsichtlich seiner Steuerkraft und seines Sozialprodukts etwa zwischen der Region Sardinien und Bretagne in Europa rangiert. Schleswig-Holstein hat den Willen, bis 1970 in der EWG voll konkurrenzfähig zu werden. Der Bund darf dieses Land nicht verlassen.

Die Einsicht, daß der Finanzetat nicht mehr auszubalancieren ist, besteht auch bei der CDU. Ihr Fraktionschef, der Vorsitzende des Finanzausschusses, Staatsrat Mertzel, erklärte selbst in aller Offenheit: "Der FinanzausschuÙ ist sich selbstverständlich darüber klar, daß der vorgeschlagene Haushaltsausgleich nur eine formelle Deckung bedeutet." Es ist mehr als eine Groteske, daß die CDU vor allem deshalb eine EntschlieÙung mit der gezielten Forderung an den Bund ablehnte, weil darin wiederum das Wort "formell" auftauchte. So bleibt denn die Feststellung des Oppositionsführers Käber bestehen, die er an die Adresse des Ministerpräsidenten Dr. Lemke richtete: "Wenn Sie vom Bunde nichts erwarten, dann muß ich an den Willen des Landesfinanzministers zweifeln, Bonn ernsthaft zu mahnen."

Blinder Eifer

SPD-Offensive auf die Funkhäuser ?

sp - Eine ausgesprochene "Fahrkarte" hat die CDU-offizielle Politisch-Soziale Korrespondenz (PSK) geschossen. In ihrer Rubrik "Funk- und Fernsehschau" hat sie wieder einmal die Funkhäuser aufs Korn genommen, wobei die nicht gerade neue Taktik verfolgt wird, die Objektivität der Berichterstattung per Radio und Bildschirm in Zweifel zu ziehen. Tatsache und Sachkenntnis werden dabei notorisch durch Folenik verstärkt bzw. sogar ersetzt.

Diese "Technik" hat ihre Gefahren. So enthält der PSK-Artikel über eine angebliche "SPD-Offensive auf die Funkhäuser" die unmittelbare Behauptung, beide Fernsehnetze in der Bundesrepublik seien "auf den Trick der SPD hereingefallen", ihren Parteitag in Karlsruhe auf eine ganze Woche zu verteilen. "Diese Taktik brächte aber Fernsehzeit ein" koniert der Bildschirminspektor der CDU-Korrespondenz. Er hat genau aufgepaßt und offenbar mit Stoppuhr und Strichlisten die Fernsehberichte aus Karlsruhe verfolgt. Fünf Sendungen im Ersten und sechs Beiträge im Zweiten Fernsehprogramm, die aus Karlsruhe kamen, und von ihm in opfervoller Arbeit registriert wurden, haben den Autor finstere Ränke wähen lassen. Doch blinder Eifer schadet nur: Schon eine Rückfrage in der CDU-Zentrale in der Bonner Kassestraße, wo es ein parteieigenes Funk- und Fernsehreferat gibt, hätte dem Verfasser eine Blamage erspart.

Bei den beanstandeten Berichten vom SPD-Parteitag handelte es sich um die Ausnutzung von Sendezeit, die allen im Bundestag vertretenen Parteien für ihre Parteitage zusteht. Nach einem von den bevollmächtigten Vertretern dieser Parteien (CDU/CSU, SPD und FDP) mit der "Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands" getroffenen Vereinbarung haben die Unionspartei für diese Sonderberichterstattung jährlich 40, die SPD 35 und die FDP 20 Minuten zur Verfügung. Dieses Abkommen wird analog vom Zweiten Deutschen Fernsehen praktiziert. Was der CDU für ihren Parteitag in Hannover recht war, mußte der SPD in Karlsruhe deshalb billig sein. Aber solche Logik scheint der PSK fremd zu sein.

Afrika in Bewegung

Begegnung von Schwarzen und Weissen in Dakar

Von Ludwig Metzger, MdB

Afrika, dieser Riesenkontinent ist in Bewegung. Was aus ihm wird, kann uns nicht einerlei sein. Seine Verschiedenartigkeit ist so gewaltig wie seine Größe. Auch dem schwarzen Afrika wird es nicht leicht fallen, das ihm Gemeinsame zu finden und ein Faktor der Stabilität in der Welt zu sein. Fest steht, daß wir Europäer Afrika helfen müssen und daß viel davon abhängen wird, ob die beiden Kontinente in Freundschaft miteinander leben werden.

Europäische und afrikanische Parlamentarier sowie Parlamentarier von der südwestlich neben Afrika gelegenen Insel Madagaskar trafen sich in diesen Tagen in Dakar. Es war nicht die erste Tagung dieser Art. Afrikaner, Madagassen und Europäer sind sich schon vorher in Straßburg, Rom, Abidja auf Madagaskar und in Messina begegnet. Diese Tagungen dienten der Vorbereitung einer engeren und institutionell gesicherten Verbindung, die in Europa und Afrika etwa 230 Millionen Menschen umfaßt. Zunächst wurden die Parlamentarier dadurch zusammengeführt, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) sich 1957 aussereuropäischer Länder und Hoheitsgebiete, die mit Belgien, Frankreich, Italien und den Niederlanden "besondere Beziehungen" unterhielten, assoziiert hat.

Von Erfolg gekrönt

Mit den "besonderen Beziehungen" war die Tatsache sicherhaft umschrieben, daß koloniale Herrschaftsverhältnisse bestanden und daß die Vornahme der Assoziation ein Verfügen über die assoziierten Länder und Hoheitsgebiete war. Bald kam sowohl für die Mitgliedstaaten der EWG als auch für die Assoziierten die große Prüfung. Die assoziierten Länder Afrikas und Madagaskar wurden selbständig, ihr Kampf um ihre Souveränität war von Erfolg gekrönt. Die "besonderen Beziehungen" bestanden nicht mehr. Es gab nicht wenige, die meinten, damit sei auch das Assoziationsverhältnis zwischen der EWG und dem jeweils souverän gewordenen Staat erloschen. Daß die Praktizierung dieses Standpunktes politisch verheerende Folgen gehabt hätte, lag auf der Hand. Die Staaten, die ihre Souveränität erstrebt und erlangt hatten, wären dafür bestraft worden. Denn sie hätten mit der Assoziation auch die damit verbundene Rechtsposition mit allen sich daraus ergebenden Möglichkeiten (u.a. auch die Hilfe aus dem Entwicklungsfonds) verloren. Zum Glück hat sich, nicht zuletzt durch das Wirken eifriger Mitglieder des Europäischen Parlaments, juristisch und politisch die Auffassung durchgesetzt, daß die Assoziierten assoziiert blieben, wenn sie das wollten. Für die souverän gewordenen Staaten war es gleichfalls eine schwerwiegende Frage, wie sie sich zur Assoziation stellen sollten. Ausser Guinea haben sie sich alle (17 afrikanische Staaten und Madagaskar) für ihre Fortsetzung entschieden. Die politische Bedeutung dieser Tatsache kann kaum unterschätzt werden.

Dem EWG-Vertrag von 1957 war ein Durchführungsabkommen beigelegt worden, in dem für die Dauer von fünf Jahren die Modalitäten der Assoziation geregelt waren. Nach Ablauf dieses Abkommens mußte eine neue Vereinbarung getroffen werden, diesmal allerdings nicht zwischen den Mitgliedstaaten der EWG, sondern zwischen der EWG und ihren Mit-

gliedstaaten einerseits und den Assoziierten als gleichberechtigten Partner andererseits. Das war das Entscheidende, daß die afrikanischen Staaten und Madagaskar nicht mehr Objekte waren, sondern als voll handlungsfähige Staaten, die kraft eigenen Willens tätig wurden, auftraten.

So kam die neue Vereinbarung über die Assoziation, der Vertrag von Jaoundé, im Jahre 1963 zustande. Drei Organe der Assoziation wurden geschaffen: Der Assoziationsrat (der sich aus Mitgliedern des Ministerrats der EWG und der Kommission einerseits und je einem Mitglied der Regierungen eines jeden assoziierten Staates zusammensetzt), die Parlamentarische Konferenz und das Schiedsgericht. Die Parlamentarische Konferenz wird paritätisch aus Abgeordneten des Europäischen Parlaments und Mitgliedern der Parlamente der assoziierten Staaten gebildet.

Während sich die europäischen, afrikanischen und madagassischen Abgeordneten bisher, auf Grund freier Vereinbarungen und lediglich auf Initiative der Parlamente, getroffen hatten, kamen sie diesmal im Rahmen einer vertraglich geregelten Institution, der Parlamentarischen Konferenz, zusammen.

Dakar, der Tagungsort, liegt auf einer Halbinsel Afrikas, dem Cap Vert, durch die dieser Kontinent am weitesten nach Westen in den atlantischen Ozean hineinragt. Es war für die Franzosen die wichtigste Stadt ihrer kolonialen Besitzungen Westafrikas und ist von ihnen baulich und kulturell dementsprechend ausgestattet worden. Es hat eine Universität von Rang, die nicht nur für die Republik Senegal, dessen Hauptstadt Dakar ist, sondern auch für Afrika eine steigende Bedeutung besitzt.

Hilfe rechtzeitig geben

Der Präsident des Senegal, der Dichter und Philosoph Leopold Senghor, hat die Parlamentarische Konferenz begrüßt und ihr gesagt, daß diese Halbinsel, auf der sie sich versammelt habe, allen Winden des Geistes offen sei, um den alten Dialog zwischen Afrika und Europa zu führen. Heute gehe es um ein Gespräch zwischen freien Menschen und Nationen, die aufeinander angewiesen seien. In seiner Rede hat er dieses Gespräch in aller Freimütigkeit begonnen. So wie in den europäischen Nationen die Privilegierten dem Dritten Stand, die Reichen den Armen ständig hätten Konzessionen machen müssen, um durch Reformen der Revolution zu vorzukommen, so gehe es heute darum, daß die armen Völker nicht durch die reichen ausgebeutet werden, gab er uns zu bedenken. Er ließ auch keinen Zweifel darüber, daß für die unterentwickelten Völker neben der Hilfe der Industrievölker Planung im Aufbau der Wirtschaft nicht zu entbehren sei.

Wie die Hilfe praktisch auszusehen hat, wie die assoziierten Staaten in den Gemeinsamen Markt einzuordnen und welche Maßnahmen zu ergreifen sind, darüber wurde auf der Tagung gesprochen. Das Ergebnis der Erörterungen wurde in einer einstimmig gefaßten Entschließung zusammengefaßt. Das Ziel ist, die Wirtschaft der assoziierten Staaten so zu entwickeln, daß sie ihre Menschen aus eigener Kraft ernähren können und daß die Ungleichheiten im Lebensniveau der beteiligten Völker mehr und mehr ausgeglichen werden. Senghor hat recht: durch rechtzeitige Hilfe können revolutionäre Erschütterungen verhindert oder zu mindestes gemildert werden, die sonst unausbleiblich sind und uns alle treffen müßten.